

Vortrag 10 \

Soziale Aspekte der Energiewende – Verteilungsfragen der Transformation

Katja Hünecke, Bereich Energie & Klimaschutz, Öko-Institut e.V.

Im Rahmen des internationalen und europäischen Klimaschutzes hat sich Deutschland im Bundes-Klimaschutzgesetz verpflichtet, bis zum Jahr 2045 Klimaneutralität zu erreichen. Um dieses Ziel zu verwirklichen, müssen die Emissionen in allen Bereichen (u.a. Stromerzeugung, Gebäude, Verkehr, Industrie, Land- und Forstwirtschaft) signifikant gesenkt werden, was massive strukturelle Veränderungen in jedem Sektor nach sich ziehen wird.

Soziale Aspekte der Energiewende

Mit der Verschärfung der Klimaziele steigen auch die Zielkonflikte. Die sozialen Aspekte der Energiewende sind in Handlungsfeldern wie Wohnen, Verkehr und Ernährung zunehmend in den politischen und gesellschaftlichen Diskurs eingetreten. Die Festlegung und Einhaltung von Klimaschutz- und Energiezielen sind gesellschaftliche Aufgaben, die sowohl Kosten verursachen als auch vielfältige positive Effekte mit sich bringen. Die Instrumente und Maßnahmen zur Erreichung dieser Ziele bewirken sozio-ökonomische Veränderungen, die unterschiedliche Akteur*innen betreffen. Ein klimapolitisches Design, das die Zielkonflikte und die damit verbundenen Belastungen für vulnerable Gruppen berücksichtigt, kann langfristig zur Akzeptanz der Klimapolitik und zur Entlastung dieser Gruppen beitragen.

Verteilungswirkungen von Klimaschutzmaßnahmen

Die Kosten von Klimaschutzmaßnahmen sind ungleich verteilt. Vulnerable Gruppen sind überdurchschnittlich von Klimaschäden und den Kosten des Klimaschutzes betroffen. Haushalte mit geringem Einkommen geben bereits einen großen Teil ihres Einkommens für Grundbedürfnisse wie Wohnen, Ernährung und Mobilität aus. Daher wird häufig von Energiearmut gesprochen. Unter Energiearmut wird im weiten Sinne verstanden, dass Haushalte nicht in der Lage sind, ihre Heiz- und Stromkosten zu begleichen, ihre Wohnungen angemessen zu heizen oder zu kühlen oder/und Einschränkungen beim Strom für Grundbedürfnisse (Kochen, Waschen, Medien) vornehmen müssen. Hierbei ist anzumerken, dass es sich nicht per se um ein reines Armutsprblem handelt. Essenziell ist daher, die Ursachen und strukturellen Probleme anzugehen, wie z.B. hohe Energieverbräuche.

Politische Maßnahmen zur zielgerichteten Abfederung

Da der Klimaschutz nur langsam vorankommt, steigt der Investitionsdruck, der zusätzliche Belastungen für vulnerable Gruppen mit sich bringt. In der Diskussion um Gerechtigkeit gibt es kein allgemeingültiges Prinzip, es sollten viel mehr Ansätze wie Gleichheit, Proportionalität oder ein Mindestmaß für alle verwendet werden.

Politisch ist einiges im Gang, um Klimaschutz in Deutschland und Europa voranzutreiben. Das ist auch nötig, denn wir liegen hinter unseren Zielen zurück und allein bis 2030 sind noch einige Anstrengungen notwendig. Dazu gehörte die Novellierung des Klimaschutzgesetzes, wonach bis 2030 65% der Treibhausgasemissionen ggü. 1990 gemindert werden sollen. Der Verkehrs- und Gebäudesektor sind hier auch gefragt, zwei Sektoren, die Haushalte stark betreffen. In der EU wurde das Fit for 55-Paket verabschiedet.

Für eine zielgerichtete Maßnahmen zur Abfederung von Belastungen ist eine individuelle Betrachtung der verschiedenen Situationen der Haushalte entscheidend. Haushaltsmerkmale wie soziale Stellung und Zusammensetzung spielen eine große Rolle. Für die Unterstützung vulnerabler Gruppen gibt es drei Gruppen von Instrumentenkategorien:

1. **Direkte finanzielle Unterstützung:** kurzfristig, bedarfsorientiert und unkompliziert, trägt aber nicht zur Energieeffizienz und damit langfristigen Energieeinsparung bei.
2. **Unterstützung von Energieeffizienzmaßnahmen (z.B. durch Förderprogramme):** eine langfristige Maßnahmengruppe, die u.a. den energetischen Standard der Gebäude verbessert.
3. **Beratung und Information:** ein niedrighschwelliges Angebot, das Hilfestellung leisten soll. In Deutschland mangelt es nicht an Instrumenten und Maßnahmen, es mangelt an der Umsetzung, der Inanspruchnahme und der Zielgerichtetheit.

Eine zielgruppenspezifische Gestaltung der Instrumente ist essenziell, um Potenziale zu heben. Es bestehen viele Möglichkeiten, Haushalte zu entlasten, aber: bisher wenig zielgruppenspezifische Formulierung von Fördermaßnahmen, d.h. keine gezielte Unterstützung von einkommensschwachen oder besonders betroffenen Haushalten (z.B. Programme zur effizienten Wohnraumnutzung)

Die Unterstützung zur Umstellung auf klimafreundliche Alternativen ist der wichtigste Hebel, um Haushalte nachhaltig vor hohen Kosten zu schützen. Sozialausgerichtete Programme im Klimatransformationsfonds und darüber hinaus erhöhen die Verteilungsgerechtigkeit und können Mittel einsparen. Gezielte Investitionsförderung für vulnerable Gruppen, einschließlich mittlerer Einkommen, ist notwendig, um CO₂-Lock-in (Änderung der aktuellen Lage wird mit hohen Wechselkosten unwirtschaftlich gemacht) zu verhindern und Teilhabe sowie Resilienz zu ermöglichen.

Beispiele aus Deutschland und anderen Ländern zeigen, dass Klimaschutz und Entlastung vulnerabler Gruppen möglich sind:

- **Beispiel 1: Stromsparcheck:** Haushalte mit geringem Einkommen erhalten Unterstützung zur Senkung ihres Energieverbrauchs durch Beratung und Soforthilfen wie energieeffiziente Geräte.
- **Beispiel 2: MaPrimeRénov' (Frankreich):** Haushalte werden einkommensabhängig beim Brennstoffwechsel unterstützt, wobei eine höhere Förderung für geringere Einkommen gewährt wird.
- **Beispiel 3: Save - Upgrade to Housing (Zypern):** Vulnerable Verbraucher*innen erhalten Zuschüsse von bis zu 80 % der Gesamtkosten für die Verbesserung der Energieeffizienz ihrer Häuser.

Fazit

Die sozialen Aspekte der Energiewende sind entscheidend für eine gerechte Transformation. Haushalte mit geringem Einkommen sind überproportional von hohen Energieausgaben betroffen, obwohl sie nur einen geringen Beitrag zu den Emissionen leisten. Um diese Ungleichheit zu adressieren, ist es unerlässlich, individuelle Lebenssituationen zu berücksichtigen und zielgruppenspezifische Fördermaßnahmen zu entwickeln, die einkommensschwache Haushalte entlasten.

Ein sozial gestaffeltes Klimageld könnte nicht nur die Akzeptanz von Klimaschutzmaßnahmen erhöhen, sondern auch gezielte Unterstützung für vulnerable Gruppen bieten. Klimaschutz ist nicht nur notwendig, sondern rechnet sich auch wirtschaftlich, da die langfristigen Kosten des Klimawandels erheblich sind.

Die Politik muss mutig handeln und wissenschaftlich fundierte Entscheidungen treffen, um die erforderlichen Schritte zur Schadensvermeidung zu ergreifen. Ein Zusammenspiel aus staatlichem Handeln und individuellen Maßnahmen ist unerlässlich.

Es ist jetzt an der Zeit, konkrete Maßnahmen zu ergreifen, wie z. B. die Förderung von energieeffizienten Sanierungen, den Ausbau erneuerbarer Energien und die Unterstützung nachhaltiger Mobilitätslösungen. Nur durch ein koordiniertes und zielgerichtetes Vorgehen können wir eine sozial gerechte und klimafreundliche Zukunft sichern.

Weitere Beispiele und interessante Statistiken zu diesem Thema finden Sie im Foliensatz von Katja Hünecke.

Bericht: Christopher Thiem